

Die Europäer werden gefordert: Präsidentenwechsel in Washington und außenpolitische Positionen

Haftendorn, Helga

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Haftendorn, H. (2008). *Die Europäer werden gefordert: Präsidentenwechsel in Washington und außenpolitische Positionen*. (DGAP-Analyse, 2). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-110570>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

DGAPanalyse

Forschungsinstitut der
Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik

Februar 2008 N° 2

Die Europäer werden gefordert

Präsidentenwechsel in Washington und
außenpolitische Positionen

von Helga Haftendorn

Zusammenfassung

Die Europäer werden gefordert

Präsidentenwechsel in Washington und außenpolitische Positionen

von Helga Haftendorn

Der Präsidentschaftswahlkampf in den USA bleibt spannend: Zwar gilt die Kandidatur des Republikaners John McCain als nahezu sicher, doch bei den Demokraten liefern sich Hillary Clinton und Barack Obama ein Kopf-an-Kopf-Rennen.

In dieser Analyse werden die außenpolitischen Positionen der Präsidentschaftsanwärter Hillary Clinton, Barack Obama, John McCain und Michael Huckabee dargestellt sowie mögliche Entwicklungsperspektiven für das zukünftige transatlantische Verhältnis aufgezeigt, um zu klären, in wie weit nach der Wahl im November ein außenpolitischer Kurswechsel der USA zu erwarten ist.

Bei den Demokraten profitiert Clinton von ihrer langjährigen politischen Erfahrung. Im Falle einer Präsidentschaft Clintons, die als selbstbewusste und erfahrene Politikerin in das Weiße Haus einziehen würde, ist davon auszugehen, dass sie sich nicht scheuen würde, konkrete Forderungen an die Verbündeten zu richten, was ein Konfliktpotenzial für die transatlantischen Beziehungen bedeutet.

Obama ist der einzige Kandidat, der im Hinblick auf Alter und Herkunft einen deutlichen Wandel symbolisiert. Zugleich ist er ein Kandidat mit begrenzten außen- und sicherheitspolitischen Erfahrungen. Seine Rolle als Brückenbauer und der durch ihn symbolisierte politische Aufbruch sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch unter seiner Präsidentschaft Spannungen und Konflikte im transatlantischen Verhältnis zu erwarten sind.

Der moderne Konservative und als Kriegsheld gefeierte McCain ist der Kandidat mit den größten außen- und sicherheitspolitischen Erfahrungen. Im Falle seines Wahlsieges sollten sich die Europäer darauf einstellen, dass sie in ihm zwar einen berechenbaren und mit ihren Problemen vertrauten Gesprächspartner finden, aber auch einen Präsidenten, der nicht nur harte Positionen vertritt, sondern dazu substanzielle Forderungen zugunsten einer gerechten Lastenteilung stellen wird, was zu erheblichen Belastungen in den transatlantischen Beziehungen führen kann.

Huckabee hat kaum noch Chancen auf eine Nominierung; aber er könnte es als Vizepräsidentschaftskandidat auf das »ticket« schaffen und McCain nachfolgen, falls diesem etwas zustößt. Seine Erfahrungen im Bereich Europa und sein Verständnis für die Belange der Verbündeten sind allerdings nur rudimentär vorhanden.

Die Strukturen des internationalen Systems werden sich bis zur Wahl im November dieses Jahres kaum verändern. Von der nächsten Administration sollten daher nur geringe Unterschiede zur Außenpolitik der gegenwärtigen Regierung erwartet werden, wohl aber solche im Stil und im Umgang mit den Verbündeten. Es ist davon auszugehen, dass von den Europäern gefordert werden wird, mehr militärische Lasten zu übernehmen. In Anbetracht dessen sollten sich die Europäer darauf einstellen, dass der Druck von einem grundsätzlich freundlich gesinnten Partner USA stärker ist und weniger leicht abgelehnt werden kann, als wenn er von einem ungeliebten Partner kommt.

Summary

A challenge for the Europeans

The Change of the President in Washington and Foreign Policy Positions

by Helga Haftendorn

The U.S. election campaign remains exciting. Whereas the Republicans' John McCain's candidacy can be considered safe, the Democrats Hillary Clinton and Barack Obama are in a tight race.

This study analyzes the foreign policy positions of Hillary Clinton, Barack Obama, John McCain and Michael Huckabee. It also provides an outlook on transatlantic relations in the future in order to clarify to what extent a change of U.S. foreign policy can be expected after the 2008 election.

As for the Democrats, Clinton benefits from her long-time experience in politics. In case of a Clinton presidency, a self-confident and experienced politician would enter the White House. It is assumed that she will not hesitate to confront the European allies with demands, which may cause transatlantic disputes.

Obama is the only candidate who symbolizes a distinct change in terms of age and origin. At the same time he is a candidate with limited experience in foreign and security policy. His role as a binding element and symbol for political change should not deceive Europeans. Tensions and conflicts in the transatlantic relationship are likely to arise under his presidency, too.

Modern conservative and war hero McCain has the greatest experience in foreign and security policy. In case of a McCain victory, Europeans should be prepared that although he is a predictable interlocutor familiar with European problems and concerns, he will confront his allies with tough choices and substantial demands in support of an equitable burden-sharing. This can have a considerable impact on transatlantic relations.

Huckabee is unlikely to receive the Republican Party's nomination: but he could be a candidate for the Vice Presidency and succeed McCain in case something happens to him. His knowledge about Europe and his appreciation of the concerns of the allies are very limited.

The structures within the international system will not change significantly until November 2008. A shift can be expected in the style and ways of dealing with the European allies—at least the candidates have announced this. It has to be assumed that a more equitable military burden-sharing among the allies is expected from all the candidates. It has to be kept in mind that pressure by a generally friendly United States is stronger and harder to oppose than pressure by an less liked partner.

Inhalt

Halbzeit bei den Vorwahlen.....	5
Einstellungen der führenden demokratischen Kandidaten	6
Hillary Clinton.....	6
Barack Obama.....	9
Einstellungen der führenden republikanischen Kandidaten	10
John McCain	10
Michael D. Huckabee.....	12
Plus ça change, plus ça reste la même chose	13
Epilog (18.3.2008)	15
Anmerkungen.....	16

Die Europäer werden gefordert

Präsidentenwechsel in Washington und außenpolitische Positionen

von Helga Haftendorn

Halbzeit bei den Vorwahlen

Die verbreitete Unzufriedenheit mit der Bush-Administration¹ hat zu einem sehr frühen Wahlkampfbeginn geführt. Nach dem gegenwärtigen Stand dürfte bei den Republikanern John McCain die Kandidatur nicht mehr zu nehmen sein; bei den Demokraten liefern sich Hillary Clinton und Barack Obama ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Wenn nicht die Vorwahlen am 4. März in Ohio und Texas den Durchbruch bringen, dürfte die Entscheidung erst auf dem Parteitag der Demokraten Ende August in Denver fallen. Dort – und eine Woche später in Minneapolis bei den Republikanern – wird auch die Entscheidung über den »running mate«, den Vizepräsidentenkandidaten, getroffen. Der Wahlkampf bleibt also spannend.

Für den amerikanischen Wähler ist vor allem wichtig, welcher Kandidat, welche Kandidatin einen politischen Wandel garantiert und als Person »authentischer«, d. h. glaubwürdiger ist. Der neue Präsident soll nach Möglichkeit alles anders machen. Amerikanische Wahlen sind keine Programmwahlen; die Sachaussagen der Kandidaten bleiben häufig ambivalent, um bei keiner wichtigen Klientel anzuecken. Die auf den Parteitagen beider Parteien im Sommer verabschiedeten »platforms« sind Kompromisspapiere, mit denen ein gemeinsamer Nenner für die widerstrebenden Strömungen innerhalb der Parteien gesucht wird, aber kein Wahlprogramm im engeren Sinne; im besten Fall geben sie Richtungen vor.

Aus europäischer Sicht fällt der Widerspruch zwischen dem proklamierten Wandel und den Positionen der Kandidaten auf, vor allem in der Außenpolitik, die durch ein hohes Maß an Kontinuität gekennzeichnet sind. Dies hat seinen Grund darin, dass die in den Vorwahlen erfolgreichen Kandidaten in der Mitte des politischen Spektrums bzw. rechts davon stehen. Ein linker Kandidat hätte

in den USA keine Chance, ebenso wenig – nach den Erfahrungen mit George W. Bush und seinen neokonservativen Anhängern – ein extremer Rechter. Eine größere Rolle dürften im Jahr 2008 Alter, Geschlecht und Rasse spielen. Zum ersten Mal in der Geschichte Amerikas haben mit Hillary Clinton eine Frau oder mit Barack Obama ein Afroamerikaner eine realistische Chance, in das höchste Amt gewählt zu werden. Hinzu kommt der Einfluss der Geschichte: während Obama an das Erbe John F. Kennedys anknüpft und John McCain als Kriegsheld gefeiert wird, könnte der dynastische Faktor für Clinton als Ehefrau eines vormaligen Präsidenten nachteilig sein.

Neben der Einschätzung der Persönlichkeit des Kandidaten nach den Kriterien »Wandel« und »Authentizität« orientiert sich der Wähler an einer Kombination von (religiösen, kulturellen oder ideologischen) Werten und Sachthemen. Besonders wichtig ist für viele Amerikaner die Einstellung zur Abtreibung und zur Kontrolle von Schusswaffen. Bei den Sachthemen hat sich in den letzten beiden Jahren eine Verschiebung weg vom Kampf gegen den Terror hin zu innenpolitischen Problemen ergeben. Viel wahlentscheidender als die Forderung nach einem Abzug aus dem Irak werden im November 2008 wirtschaftliche und soziale Fragen sein: die Bezahlbarkeit der Hypothek auf Haus und Auto, die Reform des Gesundheitssystems und die Sicherung der Altersversorgung. In dem Maße, wie Amerika in eine Rezession abdriftet, wächst die Sorge um den Arbeitsplatz und die Erhaltung des Lebensstandards. Nach den Daten des Washington Post-ABC begünstigt diese Gewichtung die Demokraten, obwohl den Republikanern in der Regel mehr wirtschaftliche Kompetenz zugetraut wird.² Ein neuer Terroranschlag würde dagegen zugunsten der Republikaner wirken. Internationale Fragen spielen im Wahlkampf dagegen nur eine untergeordnete Rolle.

In der Außenpolitik wird die neue Regierung vor sehr ähnlichen Problemen stehen wie die alte, da es der Bush-Administration kaum noch gelingen dürfte, den Mittleren Osten zu befrieden. Irak und Afghanistan werden ebenso schwärende Wunden bleiben wie der Iran und dessen nukleare Ambitionen. Es ist mehr als fraglich, dass Teheran im Nuklearkonflikt noch in den Amtszeiten von Mahmud Achmadinedschad und George W. Bush einlenken wird. Im Irak wird schon viel gewonnen sein, wenn es den USA gelingt, den Zustand einer sektoral begrenzten Stabilisierung aufrecht zu erhalten und sein Abgleiten in einen offenen Bürgerkrieg zu verhindern. Angesichts der Schwäche der israelischen Regierung und der Palästinensischen Autonomiebehörde ist es auch wenig wahrscheinlich, dass es im Nahen Osten – wie von Präsident Bush beschworen – noch vor Ende dieses Jahres zu einer Friedensregelung kommt, die den Israelis Sicherheit und den Palästinensern eine Zukunft in einem eigenen lebensfähigen Staat garantiert. Diese Probleme werden die größten außenpolitischen Brocken sein, mit denen sich die neue Administration wird plagen müssen.

Hinzu kommen eine Reihe weiterer Krisen und ungeklärter Beziehungen. Die Versagerstaaten Afrikas (failing states) gehören ebenso dazu wie die Bürgerkriege im Libanon und im Sudan, der »eingefrorene« Konflikt in Kuba und die Friktionen mit den linken Regimen eines Hugo Chávez oder Juan Evo Morales in Lateinamerika. Der Klärung bedarf ebenfalls das Verhältnis zu einem zunehmend autoritären Russland und zu einem mit Großmachtanspruch auftretenden China. Große Sachprobleme bedürfen ebenfalls der Lösung: die Versorgung mit preiswerter Energie, eine nachhaltige Klimapolitik, der Kampf gegen HIV / AIDS, und eine an Prinzipien der guten Regierung orientierte Entwicklungspolitik. In der Außenwirtschaftspolitik geht es um die Frage, wie die Doha-Runde abgeschlossen werden soll und ob sich die USA zu einer größeren Liberalisierung des Welthandels bereit finden.

Die Konzentration im Wahlkampf auf die Innenpolitik macht eine Beantwortung der Frage schwierig, welche außenpolitischen Positionen die demokratischen Präsidentschaftsbewerber Hillary Clinton und Barack Obama bzw. die Republikaner John

McCain und Mike Huckabee vertreten und wie sie auf globale Probleme reagieren werden. Welche Rolle spielt militärische Macht? Werden die USA außereuropäische Konflikte allein oder zusammen mit den Verbündeten zu bewältigen versuchen? Welche Auswirkungen wird dies auf die Beziehungen zu Europa haben?

Einstellungen der führenden demokratischen Kandidaten

Hillary Clinton

Das größte Kapital Clintons ist ihre große Erfahrung als Senatorin aus New York und als Präsidentengattin an der Seite Bill Clintons. Durch die Befassung mit Themen der Außen- und Sicherheitspolitik im Senat sowie zahlreiche Reisen und Konferenzen verfügt sie über solide außen- und sicherheitspolitische Kenntnisse. Ihre Erfahrung im Weißen Haus ist aber auch eine Bürde: mit der Begründung »einmal Clinton ist genug« erklären bei Umfragen etwa 40% der Wähler, dass sie keinesfalls für Clinton stimmen würden. Für Obama sprechen dagegen seine Jugend und sein neuer, erfrischender Politikstil. Über weite Strecken wird der Vorwahlkampf daher mit der Alternative »Erfahrung oder Wandel« geführt.

Überzeugend und glaubwürdig beschwört Clinton die Größe Amerikas: »a powerful nation, a purposeful nation, and a generous and warm-hearted nation.«³ Sie erklärt, nach den Jahren der Bush-Administration es sei vordringlich, den Respekt und das Vertrauen in Amerika und in die Führungsfähigkeit dieser großen Nation wieder herzustellen. Dazu schreibt sie in *Foreign Affairs*: »We should aim to lead our friends and allies in building a world of security and opportunity.«⁴ »Leadership« ist eines ihrer Schlüsselkonzepte; dazu sei eine Kombination von geeigneter Strategie, Überzeugungskraft, Inspiration und Motivation notwendig. Um die Glaubwürdigkeit Amerikas in der Welt wiederherzustellen, müsste dieses die Werte ihrer Gründungsväter nicht nur proklamieren, sondern auch danach leben. Clinton appelliert an die Verantwortung der USA in einer globalisierten Welt und fordert nach guter demokratischer Tradition, dass

sich Amerika für die Verwirklichung der Menschenrechte ebenso wie für die Schließung der Lücke zwischen Arm und Reich einsetzen müsse.

Im Gegensatz zur Bush-Administration will Clinton ideologisch befrachtete Alternativen vermeiden – zwischen Unilateralismus und Multilateralismus, zwischen Gewalt und Diplomatie, zwischen harter und weicher Macht – und stattdessen situationsabhängig entscheiden. Sie erklärt, dass Soldaten nicht die Lösung aller Probleme seien. Die Auseinandersetzung mit dem radikalen Islam könne nicht auf dem Schlachtfeld gewonnen werden, sondern erfordere auch den Einsatz ziviler Fähigkeiten. Clinton ist aber entschlossen, den Kampf gegen Al-Khaidā und den internationalen Terrorismus fortzuführen, mag er auch lange dauern. Eine Voraussetzung für den Erfolg sei die Verstärkung und Reform der Streitkräfte. Anstelle unerprobter Raketenabwehr-Technologien sollten die USA leichte Interventionsstreitkräfte aufstellen, mit denen nicht nur die Taliban und Al-Khaidā besiegt, sondern auch Afghanistan und der Irak stabilisiert werden könnten. Eine weitere Voraussetzung sei die Entwicklung geeigneter Strategien zur Bekämpfung des Terrorismus. Schließlich sei es notwendig, eng mit den Verbündeten zusammenzuarbeiten.

Für europäische Ohren klingt zwar gut, dass Clinton die Bündnisse – insbesondere die NATO – revitalisieren will und die traditionell durch gegenseitiges Vertrauen geprägten Beziehungen Amerikas zu den Partnern wiederbeleben möchte. Sie bleibt aber Details ebenso wie eine Antwort auf die Frage schuldig, ob und in wieweit sie die Verbündeten in die Entscheidungsprozesse einbeziehen wird. Natürlich ließen sich Differenzen auch unter engen Verbündeten nicht vermeiden, sie schreibt aber, dass »we can never forget that on most global issues we have no more trusted allies than those in Europe ... When America and Europe work together, global objectives are within our means.«⁵ Sie verzichtet hier zwar auf konkrete Forderungen an die Verbündeten; es ist aber zu erwarten, dass sie als Präsidentin von diesen einen größeren Beitrag zu den gemeinsamen Lasten erwarten wird.

In der Irak-Frage hat Clinton ihre Position verändert. 2003 unterstützte sie die Entscheidung

zur Intervention im Irak im Senat und im März 2007 die Verstärkung der amerikanischen Truppen, wenn sie auch sagt, sie habe dies »unter dem bewussten Verzicht auf Zweifel«⁶ getan. Angesichts der verbreiteten Kritik am Irak-Krieg hat dessen Beendigung für sie hohe Priorität. Sein Ende sei eine Voraussetzung dafür, dass die USA wieder eine glaubwürdige Führungsrolle übernehmen und erfolgreich die Probleme der Welt angehen könnten. Clinton bietet aber keinen konkreten Abzugsplan an; stattdessen will sie den Generalstab, den Verteidigungsminister und den Nationalen Sicherheitsrat zusammen rufen und anweisen, einen solchen auszuarbeiten, der innerhalb der ersten 60 Tage ihrer Amtszeit beginnen solle. An einen vollständigen Abzug denkt sie nicht; Spezialkräfte sollen weiter im Lande bleiben und gezielt Aufständische und Terroristen jagen, die US-Truppen schützen und irakische Sicherheitskräfte ausbilden. Die USA müssten aber aufhören, sich in die inneren Angelegenheiten des Irak einzumischen und nicht den Schiedsrichter im irakischen Bürgerkrieg spielen wollen. Stattdessen sollte die politische und wirtschaftliche Stabilisierung des Landes im Vordergrund stehen und die Hilfe für die Bevölkerung verstärkt werden.

Um die Verbündeten, die Nachbarn des Irak und andere Weltmächte in das Bemühen um eine Friedensregelung einzubeziehen, will Clinton eine regionale Stabilisierungsgruppe einrichten, die einen Plan ausarbeiten soll, der eine Ausweitung des Bürgerkrieges verhindert und dem Land eine Zukunft gibt. Der Abzug aus dem Irak würde den USA auch die Möglichkeit geben, eine konstruktivere Rolle im nahöstlichen Friedensprozess zu spielen. Sie betont, dass die Unterstützung dieses Prozesses seitens der USA enorm wichtig sei. Auch will sie die arabischen Staaten dazu veranlassen, ihren Einfluss auf die Palästinenser geltend zu machen, um diese zur Fortsetzung des Dialoges mit den Israelis zu bewegen. Clinton weist in diesem Zusammenhang auch auf die »vergessene Hauptkampflinie im Krieg gegen den Terror in Afghanistan«⁷ hin und erklärt, dass die Taliban keinesfalls wieder an die Macht kommen dürften. Sie plädiert daher für eine Verstärkung der US-Streitkräfte und für eine verstärkte Unterstützung Präsident Hamid Karsais und der afghanischen Institutionen. Auch will sie Pakistan zu größerer Entschiedenheit gegenüber Taliban und

Al-Khaïda veranlassen, um den Terroristen Rückzugsgebiete in den Grenzregionen zu verweigern.

Die USA sollten aber auch mit ihren Gegnern sprechen. Eine robuste Diplomatie sei die Voraussetzung dafür, dass die USA ihre Ziele erreichen könnten. Dies gelte besonders für die Beziehungen zum Iran. Dieser müsse unter allen Umständen daran gehindert werden, Kernwaffen zu erwerben oder zu entwickeln. Dazu müssten die USA alle zu ihrer Verfügung stehenden Mittel einsetzen: Diplomatie, wirtschaftliche Anreize und Sanktionen, die Drohung und – wenn alles nicht helfe – der Einsatz militärischer Gewalt. Für den Fall, dass Teheran seine Verpflichtungen nicht einhalte und die Beschlüsse internationaler Gremien weiter boykottiere, blieben alle Optionen weiter auf dem Tisch. Sei der Iran aber bereit, sein militärisches Nuklearprogramm einzustellen, eine konstruktive Rolle im nahöstlichen Friedenprozess zu spielen und der Unterstützung des Terrorismus abzuschwören, so wollten die USA Teheran eine weit reichende wirtschaftliche Kooperation anbieten.

Im Hinblick auf die Beziehungen zu Russland und China betont Clinton, dass sie die Kontakte mit diesen Ländern ausbauen wolle. Beide Staaten stellen zwar für die USA eine große Herausforderung dar, es sei aber wenig nützlich, sie als Feinde zu behandeln. Vielmehr sollte Washington dort mit ihnen zusammenzuarbeiten, wo es gemeinsame Interessen gäbe. Sie will diese Staaten außerdem in internationale Institutionen integrieren, um sie an deren Regeln zu binden. Insgesamt müssten die USA aus einer Position der Stärke heraus operieren und China mit einer kohärenten und berechenbaren Strategie gegenüber treten. In einer Debatte sagte sie dazu, dass »the Chinese respect us if we actually call them on their misbehavior and their breaches of human rights, economic activities and other kinds of problems we have with them.«⁸ Angesichts der empfindlichen Reaktion der chinesischen Regierung, wenn sie kritisch auf Menschenrechtsfragen angesprochen wird, sind hier Konflikte nicht nur mit China, sondern auch mit den Europäern vorprogrammiert. Während die Volksrepublik in den USA zusehends als – auch militärische – Gefahr gesehen wird, herrscht in Europa die Vorstellung, dass China vor allem einen gigantischen Markt biete,

den es zu nutzen gelte. Negative Aspekte, wie die Produktpiraterie und die ungezügelter Bemühungen Chinas, in Afrika politisch und wirtschaftlich Fuß zu fassen, werden als unschöne Nebeneffekte gesehen, denen man begegnen müsse, die aber kein Anlass für eine Revision der positiven Einstellung sind.

Mit Hillary Clinton würde eine ebenso erfahrene wie selbstbewusste Politikerin in das Weiße Haus einziehen. Sie würde aktiv auf die Verbündeten zugehen – vor allem in Europa, aber auch in anderen Regionen –, zugleich aber Forderungen an diese stellen, auch wenn davon in ihren Wahlkampfreden – noch – nicht konkret die Rede ist. Wenn sie aber ihre Andeutungen umsetzt, wird es vermutlich zu heftigen transatlantischen Disputen kommen. Die Europäer werden zögern, ihre Streitkräfte in Afghanistan wesentlich zu verstärken, da ihr Umfang nicht einer ungeliebten Administration in Washington geschuldet ist, sondern innenpolitischen Rücksichten und fehlenden Ressourcen. Viele werden auch enttäuscht sein, dass eine demokratische Präsidentin die amerikanischen Truppen nicht sofort und vollständig aus dem Irak abzieht. Schließlich dürfte ihre Aussage, dass gegenüber dem Iran alle Optionen auf dem Tisch bleiben müssten, hier auf scharfe Kritik stoßen, insbesondere falls sie diese Option in einer Krisensituation ausüben sollte. Dies ist ihr durchaus zuzutrauen. Europäische Beobachter vergessen leicht, dass es sich bei den Demokraten nicht um eine linke Partei handelt und Clinton im politischen Spektrum der USA rechts von der Mitte angesiedelt ist.

Clintons Außenpolitik wird multilateral sein – im amerikanischen, weniger im europäischen Sinne –; sie wird Verbündete und internationale Institutionen respektieren, aber vorrangig amerikanische Ziele und Interessen zu realisieren suchen. Wenn sie eine Reform von NATO und WTO in Aussicht stellt, könnte der von ihr anvisierte Umbau der Streitkräfte auf die gleichen Widerstände stoßen wie die von der Bush-Administration betriebene »Revolution in Military Affairs«. Auf den möglichen Dissens in der China-Politik ist bereits hingewiesen worden. Auch die von Clinton befürwortete Wiederaufnahme der Doha-Runde im Rahmen der WTO verspricht keine raschen Ergebnisse, zumal sie sich mehrfach kritisch gegenüber einer

Handelsliberalisierung geäußert hat und zunächst die bestehenden Handelsabkommen der USA überprüfen will.⁹ Nach ihrer Auffassung erfordere die gegenwärtige Wirtschaftskrise statt Liberalisierung ein stärkeres Eingreifen des Staates.

Barack Obama

Im Vergleich zu Hillary Clinton und zu anderen Präsidentschaftsbewerbern ist der Senator aus Illinois, Barack Obama, der einzige Kandidat, der im Hinblick auf Alter und Herkunft einen wirklichen Wandel symbolisiert. Nach den spaltenden Jahren unter Bush will er die Nation als Brückenbauer wieder einen. Unter Berufung auf John F. Kennedy appelliert er an die Verantwortung jedes Einzelnen und verspricht den Aufbruch in eine bessere Zukunft. Dieser Appell erklärt auch seine sensationellen Erfolge bei den Vorwahlen. Während Clinton im Wahlkampf als Frau, aber nicht als Feministin auftritt, sieht sich Obama nicht primär als Fürsprecher der Schwarzen, der ihre historische Diskriminierung kompensieren möchte, sondern als Anwalt aller Amerikaner. Vor allem verkörpert er den Traum einer »post-racial society«.¹⁰ Seine drei Jahre im Senat haben aber bisher nicht ausgereicht, um ihm vertiefte Erfahrungen in der Außen- und Sicherheitspolitik zu vermitteln. Daher bleiben seine Aussagen zu den Themen, die nicht im Vordergrund der öffentlichen Diskussion stehen, häufig ambivalent. Für Europa scheint er sich nur begrenzt zu interessieren; als Vorsitzender des Unterausschusses für Europäische Fragen des Foreign Relations Committee hat er im Gegensatz zu seinem Vorgänger bisher keine einzige Anhörung einberufen.¹¹

In ihren außenpolitischen Positionen unterscheiden sich Clinton und Obama nur in Nuancen. Dies beginnt bei einem sehr ähnlichen »politischen Glaubensbekenntnis« und setzt sich bei Sachthemen fort. Auch der Senator aus Illinois will die globale Führungsfähigkeit Amerikas erneuern, seine Glaubwürdigkeit wiederherstellen und dessen Fähigkeiten – einschließlich der militärischen – an die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts anpassen.¹² Obama will aber nicht einem langfristigen politischen Plan folgen, der für ihn unter Ideologieverdacht steht. Stattdessen nennt er eine Reihe von Aufgaben, die er in seiner Amtszeit bewältigen

will. An erster Stelle steht die Beendigung des Irakkrieges. Nachdrücklicher als Clinton setzt sich Obama, der die Intervention von Anfang an abgelehnt hat, für einen raschen Rückzug der Kampftruppen ein. Dieser soll jedoch eng mit der militärischen Führung abgestimmt werden. Bereits 2006 hat Obama eine eigene Irak-Strategie entwickelt.¹³ Mit dem etappenweisen Abzug der Streitkräfte und der Bindung der Wirtschaftshilfe an politische Fortschritte soll Druck auf die Regierung in Bagdad ausgeübt und die widerstreitenden Fraktionen gezwungen werden, sich politisch zu einigen und so die Stabilisierung des Landes voranzutreiben. Auch müssten die irakischen Streitkräfte in die Lage versetzt werden, die Sicherheit im Land selbst zu garantieren. Eine Regionalkonferenz mit den Nachbarstaaten soll den politischen Prozess unterstützen und ein Abgleiten des Irak in einen Bürgerkrieg verhindern. Die aus dem Irak abgezogenen Truppen sollen dann in Afghanistan eingesetzt werden. Von den Verbündeten fordert Obama mit Nachdruck substanzielle Verstärkungen ihrer Streitkräfte und eine Aufgabe der Einsatzbeschränkungen.

Weitere wichtige Aufgaben sind für Obama die Reform der Streitkräfte und verstärkte Bemühungen um eine Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen. In Geiste einer guten Partnerschaft will er die traditionellen Bündnisse und Partnerschaften Amerikas wiederbeleben sowie die Anstrengungen verstärken, damit die Menschheit in Zukunft in Würde und relativen Wohlstand leben könne.¹⁴ Seit mehreren Jahren fordert Obama ein starkes multilaterales Engagement im Sudan unter amerikanischer Führung, um den Völkermord in Darfur zu beenden. Dazu ruft er vor allem die NATO-Staaten auf, die Friedenstruppen der UN und der Afrikanischen Union wirksamer zu unterstützen.

Ähnlich wie Clinton setzt sich auch Obama für eine aktive Klimapolitik ein. Er fordert strikte Grenzwerte für die Kohlendioxidemissionen; unter anderem will er einen nationalen Emissionsstandard einführen, um den Ausstoß von Treibhausgasen bis zum Jahr 2005 um 80% zu reduzieren. Nur wenn den USA im eigenen Land Fortschritte gelängen, könnten sie auf dem Umweltsektor eine internationale Führungsrolle beanspruchen. Ähnliche Ziele verkündet auch Clinton. Beide wollen konstruktiv

in die Folgeverhandlungen zum Kyoto-Protokoll hineingehen und bis 2010 – rechtzeitig vor dem Auslaufen des Protokolls 2012 – ein bindendes Folgeabkommen abschließen, in das auch Länder wie Indien und China einbezogen werden müssten. Clinton möchte zusätzlich ein internationales Energieforum – eine »E-8« – nach dem Vorbild der G-8 schaffen, der die größten Emittenten von Treibhausgasen angehören sollten.¹⁵ In der Klimapolitik dürften sich die Differenzen mit den Europäern daher in Zukunft verringern.

In Europa wird Barack Obama große Aufmerksamkeit und Sympathie entgegen gebracht; er spricht – wie in den USA – vor allem junge Menschen und Intellektuelle an. Sie sind fasziniert von dem durch ihn symbolisierten politischen Aufbruch und seiner Rolle als Brückenbauer. Dies bedeutet aber nicht, dass die transatlantischen Beziehungen bei einem Präsidenten Obama konflikt- und spannungsfrei sein werden. Seine geringe Vertrautheit mit den Personen und Problemen Europas dürften ebenso wie sein moralischer Impetus und seine Impulsivität zu Spannungen führen – ähnlich wie sie Ende der siebziger Jahre zwischen Jimmy Carter und Helmut Schmidt aufgetreten sind. Möglicherweise würde er derartige Probleme mit seiner gewinnenden Persönlichkeit überspielen; schwierig könnte es aber werden, wenn es zu einer ernsten internationalen Krise käme, die große Erfahrung, Augenmaß und Berechenbarkeit erforderte. Für die Beziehungen zu den Europäern dürfte wie bei Clinton auch bei Obama entscheidend sein, ob und wie er die europäischen Partner in Entscheidungen einbezieht und sich redlich um Kompromisse und ein gegenseitiges Verständnis bemüht.

Einstellungen der führenden republikanischen Kandidaten

Bei einem Wahlsieg der Republikaner werden sich eher die Akzentuierungen als die Inhalte der amerikanischen Außenpolitik ändern. Im Vergleich zu den demokratischen Kandidaten betonen John McCain und Mike Huckabee mehr die Bedeutung militärischer Stärke als den diplomatischen Ausgleich und sprechen bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus eine entschiedenere

Sprache. Auch ein republikanischer Präsident muss mit einer demokratischen Mehrheit im Kongress zusammenarbeiten und ist daher zu Kompromissen gezwungen. Am ausgeprägtesten sind die Unterschiede zwischen den Parteien in der Innenpolitik.

John McCain

McCain, der Senator aus Arizona, ist ein moderner Konservativer, der nicht viel von Ideologien hält. Er ist derjenige Präsidentschaftsbewerber, der über die größten Erfahrungen in der Außen- und Sicherheitspolitik verfügt, aber zum Zeitpunkt der Wahl schon 72 Jahre alt wäre. Im Vietnam-Krieg wurde er als Marinepilot und Gefangener der Vietcong zum Kriegshelden. Sehr viel länger als Clinton und Obama gehört McCain dem Senat an; in den 25 Jahren seiner Mitgliedschaft hat er sich dort als ein charakterfester und zugleich pragmatischer Politiker erwiesen. In Wirtschafts- und Finanzfragen findet McCain allerdings nicht die uneingeschränkte Zustimmung des Wirtschaftsflügels seiner Partei. Aus Sorge um einen ausgeglichenen Haushalt war er einer der wenigen Republikaner, der gegen die von der Bush-Administration durchgesetzten Steuersenkungen stimmte.¹⁶ Seine Unabhängigkeit hat ihm den Ruf eines »Maverick« – eines Dickkopfes – eingetragen; trotz seiner Ablehnung von Abtreibungen und Homosexuellenehen ist seine Distanz zu der religiösen Rechten groß. Um seine Wahlchancen zu verbessern, bemüht er sich, auch dieser Wählergruppe seine Positionen zu erklären, wobei er kontroversen Themen nicht ausweicht; er verspricht seinen Kritikern jedoch einen »klar konservativen Regierungsansatz«.¹⁷

Zum außenpolitischen Credo McCains gehört die Führungsfähigkeit Amerikas. Um führen zu können, müssten die USA »revitalize our country's purpose and standing in the world, defeat terrorist adversaries who threaten liberty at home and abroad, and build enduring peace.«¹⁸ Im Gegensatz zu Obama befürwortet McCain eine Politik der Stärke, die sich auf leistungsfähige Streitkräfte stützt. (Clinton befürwortet auch eine gemäßigte Machtpolitik.) Nach den Vorstellungen McCains sollen Armee und Marineinfanterie von gegenwärtig ca. 750 000 auf 900 000 Soldaten verstärkt werden, Ausrüstung und Ausbildung – insbesondere

die Sprachkompetenz – verbessert und geeignetes Personal für die Terrorbekämpfung ebenso wie für zivile Rekonstruktionsaufgaben gesucht werden. Er will ferner die außen- und sicherheitspolitischen Institutionen der USA reformieren und sie an die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts anpassen. Aus seiner positiven Einstellung zur Rolle militärischer Macht resultiert auch eine härtere Haltung zu den Konflikten im Irak, Afghanistan und Iran.

Vor allem in der Irak-Frage unterscheidet sich McCain von den demokratischen Kandidaten. Nach seiner Auffassung war die Intervention richtig, bei der Durchführung seien aber große Fehler gemacht worden. Er befürwortete den »surge« und tritt weiterhin – falls militärisch erforderlich – für eine Verstärkung der Truppen ein. McCain ist der Überzeugung, dass der Krieg gewonnen werden könne, und beschwört die politischen Kosten einer Niederlage. Nach seiner Auffassung würden durch sie die Islamisten ermutigt, die Demokratie diskreditiert und im Irak ein Bürgerkrieg ausgelöst werden. Außerdem fürchtet er die Stärkung Irans, das in seinen regionalen Ambitionen bestärkt würde. Eine Niederlage im Irak hätte außerdem negative Auswirkungen auf die Situation in Afghanistan, wo die NATO ihre Streitkräfte wesentlich verstärken müsse, wenn der Westen erfolgreich sein wolle. McCain warnt vor einer »Talibanisierung« Afghanistans und Pakistans und fordert wirksame Gegenmaßnahmen. Im Unterschied zu den anderen Kandidaten will er Pakistan nicht ausgrenzen, sondern mit diesem eine langfristige Partnerschaft eingehen. Dadurch könnten die Moderaten gestärkt und die Fähigkeit Pakistans verbessert werden, wirksam gegen die Aufständischen vorzugehen. Außerdem fordert er, dass die USA künftig nur dann einen Krieg beginnen sollten, wenn sie über ausreichende Streitkräfte verfügten und auch einen Plan für einen politischen Erfolg nach Beendigung der Kämpfe hätten.¹⁹

Die Hauptquelle des internationalen Terrorismus sieht McCain im Iran. Um seinen Aufstieg zur Nuklearmacht zu verhindern, müssten die USA und ihre Partner wesentlich striktere politische und wirtschaftliche Sanktionen verhängen. Wenn die UN nicht in der Lage sei, wirksame Maßnahmen durchzusetzen, müssten die USA dies zusammen

mit ihren Partnern tun. Mehrfach hat McCain mit einem Militärschlag gedroht. Für ihn ist die militärische Option mehr als ein letztes Mittel, wenn alle anderen Möglichkeiten erschöpft sind. Außerdem will er die Schlupflöcher im Nichtverbreitungsvertrag schließen und die Autorität der Internationalen Atomenergiebehörde stärken. Gleichzeitig betont McCain, dass die USA weiter zu ihren Verpflichtungen gegenüber Israel stehen und die Suche nach einer nachhaltigen Friedenslösung intensivieren müssten.

McCain setzt sich nachdrücklich für die Wiederherstellung der traditionellen Bande mit den Europäern ein, die über die militärische Zusammenarbeit hinausreichen und auch Gebiete wie Umwelt und Klima, Energie und Entwicklungshilfe einschließen sollten. Er will auf jeden Fall an der NATO festhalten, die jedoch leistungsfähiger gemacht werden müsste. Er begrüßt auch ausdrücklich das Entstehen einer selbstbewussten Europäischen Union. Gleichzeitig erklärt er, dass die USA von ihren Verbündeten Solidarität erwarten könnten, nicht nur im Mittleren Osten, sondern auch in anderen politischen Fragen.²⁰ Um die Zusammenarbeit zwischen den demokratischen Staaten in aller Welt zu stärken, schlägt er die Gründung einer »Liga der Demokratien« vor, in der »gleich gesinnte Nationen gemeinsam für Frieden und Freiheit arbeiten«²¹ könnten. Sie sollte dann tätig werden, wenn die Vereinten Nationen unfähig zum Handeln seien; sie könnte daher künftig auch Interventionen legitimieren. Obwohl McCain dies verneint und von komplementären Strukturen spricht, könnte die Liga in eine Konkurrenz zu der UN geraten. Der Vorschlag erinnert sehr an die Tendenz der Bush-Administration, sich an ihren Interessen orientierte »Koalitionen der Willigen« zu schaffen, um Beschränkungen ihres nationalen Handlungsspielraums zu vermeiden.

Die Volksrepublik China stellt für McCain eine große Herausforderung dar; er empfiehlt, ihr mit einer Mischung von Containment und Kooperation zu begegnen. Besonders kritisch sieht er aber die Beziehungen zu Russland und dessen Innen- und Außenpolitik. Er fordert »eine gemeinsame Linie des Westens gegen ein revanchistisches Russland, dessen Führer offenbar eher den alten Konfliktkurs

einschlagen wollen, als sich dem demokratischen Frieden des Westens anzuschließen.«²² Außerdem plädiert er dafür, Russland aus der G-8, »dem Club führender Wirtschaftsdemokratien«, auszuschließen und stattdessen Brasilien und Pakistan aufnehmen. Auch soll die NATO allen Staaten offen stehen, die zur Verteidigung von Freiheit und Demokratie bereit sind. Über beide Fragen dürfte es zu einem Konflikt mit den Europäern kommen, die McCains Konfrontationskurs nicht mittragen werden.

Im Falle eines Wahlsiegs von McCain sollten sich die Europäer darauf einstellen, dass sie in ihm zwar einen berechenbaren und mit ihren Problemen vertrauten Gesprächspartner finden werden; er aber bei außereuropäischen Konflikten eine harte Haltung einnehmen wird. Außerdem würde er an sie beträchtliche und – da er mit Europa vertraut ist – auch zumutbare Forderungen zugunsten einer gerechteren Lastenteilung stellen. Die transatlantische Partnerschaft könnte daher bei einem Präsidenten McCain beträchtlichen Belastungen – trotz viel gegenseitigen guten Willens – ausgesetzt sein.

Michael D. Huckabee

Trotz seiner Erfolge bei den Vorwahlen dürfte Mike Huckabee, der Gouverneur aus Arkansas, kaum noch in der Lage sein, die Nominierung zu erlangen. Aber er könnte es als Kandidat für die Vizepräsidentschaft auf das republikanische »ticket« schaffen und McCain nachfolgen, falls diesem etwas zustößt. Der »Pfarrer mit der Bassgitarre« spricht vor allem die religiöse Rechte sowie die ländliche Bevölkerung im Mittleren Westen und in den Südstaaten an. Huckabees außenpolitische Erfahrungen sind gering. Sein Credo sind Wandel und Entschlossenheit, wobei sich seine Positionen nicht sehr von denen der Bush-Regierung unterscheiden, obwohl er in einigen Details differenzierter und normativer argumentiert. Besonders beim Kampf gegen den Islamismus bedient er sich der gleichen ideologiebehafteten Metaphern wie die Neokonservativen.²³ Thematisch konzentriert er sich auf die Terrorismusbekämpfung, den Irak, Iran und Pakistan.

Im Hinblick auf die Probleme des Mittleren Ostens erklärt Huckabee, als Präsident werde es sein Ziel

sein, »to calibrate a course between maintaining stability and promoting democracy.«²⁴ Letztere lasse sich aber nicht so leicht wie Coca-Cola exportieren. Erst wenn alle terroristischen Netzwerke vernichtet seien, könnte eine Zusammenarbeit mit den moderaten Regimen der Region erfolgen, deren Schwäche er beklagt. Da die Lebensbedingungen in den islamischen Ländern die Entstehung des Terrorismus begünstigt hätten, müssten diese vorrangig verbessert werden. Er sieht darin auch eine moralische Pflicht der USA als eines der reichsten Länder der Welt.

Für die bisherige Zögerlichkeit der USA gegenüber den repressiven Regimen im Mittleren Osten macht Huckabee die hohe Energieabhängigkeit der USA verantwortlich. Er erklärt, dass er »will free that hand [tied behind our back] from its oil-soaked rope and reach out to the moderates in the Arab and Muslim worlds with both.«²⁵ Zunächst müsse aber die Plage des Terrorismus mit gezielten Angriffen von CIA, Spezialstreitkräften und Koalitionstruppen beseitigt werden. Um die Streitkräfte und die Nationalgarde dazu in die Lage zu versetzen, müssen sie verstärkt und der Anteil der Verteidigungsausgaben am BSP auf 6% erhöht werden. Zugleich versichert er, wenn er jemals in ein anderes Land einmarschieren müsse, dann werde er es nur mit überlegenen Kräften tun.²⁶

Huckabee will die Streitkräfte aus dem Irak nur in Übereinstimmung mit der militärischen Lage abziehen. Er weist darauf hin, dass sich diese zwar ständig bessere, die Situation aber weiter sehr unsicher sei und ein voreiliger Abzug große strategische Nachteile für Amerika und katastrophale Folgen für die irakische Bevölkerung haben würde. Die USA müssten sich auch der Tatsache bewusst sein, dass sie mit der Besetzung des Irak eine moralische Verantwortung für seine Bevölkerung übernommen hätten.

Zur bisherigen Politik der USA gegenüber Pakistan äußert sich Huckabee sehr kritisch. Das Land sei der Nährboden für Al-Khaïda, die ihre Terrorakte von dort aus planten. Als Präsident werde er Maßnahmen ergreifen, um die Schlupfwinkel der Terroristen im Grenzgebiet auszuräuchern, auch wenn dies Präsident Pervez Musharraf nicht gefalle. Ferner müssten die unkontrollierbaren Überweisungen

an diesen eingestellt und nur diejenige Hilfe weiter geleistet werden, die der Bevölkerung und dem Antiterrorkampf direkt zugute käme. Auch sollten sich die USA für freie Wahlen einsetzen und die Aussöhnung mit Indien fördern.

In der Iran-Frage unterscheidet sich Huckabee in seiner Position nicht grundlegend von McCain. Während dieser aber die diplomatischen Bemühungen der EU anerkennt, kritisiert Huckabee die Europäer heftig und wirft ihnen vor, mit ihrer Profitgier müssten sie es sich selbst zuschreiben, falls die USA militärisch intervenieren müssten, um Teheran an der Entwicklung von Kernwaffen zu hindern.²⁷ Zugleich fordert er aber, dass die USA noch Alternativen haben müssten, da ein Militärschlag Osama bin Laden in die Hände spielen und die regionalen Auseinandersetzungen verstärken würde. Vielleicht ergäbe sich eines Tages jedoch die Möglichkeit zu einer pragmatischen Kooperation mit Iran: »We cannot live with Al Qaida, but might be able to live with a contained Iran.«²⁸

Von allen Kandidaten setzt sich Huckabee am nachdrücklichsten für eine aktive Klimapolitik ein. Aus Ehrfurcht vor der Schöpfung sieht er sich auch in anderen Bereichen als Aktivist in Umweltfragen. Zur Einschränkung der Kohlendioxidemissionen empfiehlt er den Rückgriff auf alternative Energiequellen einschließlich der Kernenergie. Auch McCain spricht sich für eine verstärkte Nutzung von Kernenergie aus – ein Vorschlag, der sich nicht unter den Empfehlungen der demokratischen Kandidaten findet. Der von McCain 2007 entwickelte Klimaplan setzt ebenso wie die sehr vagen Vorschläge Huckabees auf alternative Energiequellen, verringerte Öleinfuhren und marktwirtschaftliche Regelungsmechanismen.²⁹

Besonders auffallend ist, dass Huckabee die Auswirkungen der Globalisierung auf die USA wenig durchdacht zu haben scheint. Sonst würde er nicht so vehement gegen die Abgabe von Souveränität wettern, wie er sie im Seerechtsvertrag sieht. Seine Ratifizierung lehnt er mit der Begründung: »We answer our constitution, not international law« kategorisch ab.³⁰ Mit der illegalen Einwanderung greift Huckabee – wie auch andere Kandidaten – ein Thema aus dem Zwischenbereich von Außen-

und Innenpolitik auf. Um dieser einen Riegel vorzuschieben, hat er einen Neun-Punkte-Plan entwickelt, der strengere Grenzkontrollen und wirtschaftliche Hilfe für die Nachbarregionen Mexikos vorsieht; eine Amnestie der illegalen Einwanderer in den USA aber strikt ausschließt.³¹

Während die Europäer von McCain Augenmaß erwarten und auf seine guten Kenntnisse Europas vertrauen können, ist dies bei Huckabee nicht der Fall. Gerade weil er Außenpolitik erst lernen muss – für die er sich bisher nicht sehr interessiert hat –, sind Konflikte vorprogrammiert. Hinzu kommt seine ideologieverdächtige Sprache, die jenseits des Atlantiks schwer nachzuvollziehen ist. Da Huckabee internationale Organisationen primär als Instrumente der Politik sieht, die nach amerikanischen Vorstellungen umgestaltet werden sollen, fallen diese als Foren zur Konsensbildung weitgehend aus.

Plus ça change, plus ça reste la même chose

Was wird sich nach dem Amtsantritt eines neuen Präsidenten im Januar 2008 ändern? Da die Strukturen des internationalen Systems bis dahin nicht wesentlich anders sein werden, ist ein grundlegender Kurswechsel in der amerikanischen Außenpolitik weder bei einem Wahlsieg der Demokraten noch bei einem Machterhalt der Republikaner zu erwarten.

Amerika wird sich weiterhin als die »Nummer 1« in der Welt sehen und diesen Status aufrechtzuerhalten suchen. Er erfordert auch künftig schlagkräftige Streitkräfte und hohe Militärausgaben. Zwar unterscheiden sich beide Parteien in der Einschätzung, ob der Irak-Krieg noch gewonnen werden könne, keiner der Kandidaten will aber die Truppen aus dem Irak bedingungslos abziehen, sondern entsprechend der militärischen Lage verfahren. Unterschiede bestehen in der Frage, ob danach noch Streitkräfte im Land bleiben und welche Aufgaben sie übernehmen sollen. Clinton und Obama können sich in der Region stationierte Truppen vorstellen, die der Machtprojektion und der Abschreckung von Al-Khaida dienen; für McCain ist die weitere militärische Präsenz der USA im Mittleren Osten

Voraussetzung für die Weltgeltung Amerikas. Dies unterscheidet ihn nicht von George W. Bush. Alle wollen außerdem eine regionale Konferenz einberufen, mit der die Nachbarn des Iraks und die Weltmächte an der Stabilisierung des Irak beteiligt werden. Die abgezogenen Kampftruppen sollen nach Afghanistan verlegt werden, das Clinton einen »vergessenen Kriegsschauplatz« nennt.

Auch im Hinblick auf den Iran gibt es nur einen geringen Dissens unter den Kandidaten. Ähnlich wie Bush wollen sie den Aufstieg Irans zur Nuklearmacht mit allen Mitteln – letztlich auch militärischen – verhindern. Besonderes Gewicht soll aber auf Verhandlungen und Sanktionen gelegt und die Iran-Politik konsequenter als in der Vergangenheit geführt werden. Aufgrund der Erfahrungen im Irak ist aber die Zurückhaltung gegenüber einem Angriffskrieg (war of choice im Vergleich zu einem war of necessity) gewachsen – auch bei McCain. Eine militärische Präemption dürfte künftig nur sehr zurückhaltend erfolgen, wobei die Hemmungen bei den Demokraten größer sind als bei den Republikanern.

Eine Lösung des arabisch-israelischen Konflikts ist für keinen der Kandidaten vordringlich. Ihre Einstellungen dazu sind stark von der Innenpolitik geprägt. Obama, der in der Vergangenheit durch propalästinensische Aussagen aufgefallen ist, hat diesen Eindruck inzwischen korrigiert und betont jetzt die Verpflichtung der USA zur Unterstützung Israels. Mit unterschiedlicher Akzentuierung sprechen sich alle für Gespräche zwischen Israelis und Palästinensern über eine Friedenslösung aus, wobei sie sich an der vom »Quartett« unter Führung der USA konzipierten Prinzipien der »road map« orientieren. Nur Huckabee warnt explizit vor einer Aufgabe der Siedlungen in der Westbank als Gegenleistung für ein – wie er es nennt – vages Friedensversprechen.

Zu erwarten sind verstärkte Auseinandersetzungen mit Russland und mit China. Aus der Sicht aller Kandidaten, am ausgeprägtesten bei den Republikanern, entwickle sich Russland zunehmend zu einem politischen Konkurrenten. Um die GUS-Staaten in seinem Einflussbereich zu halten, setze es seine großen Öl- und Gasvorräte als Druckmittel ein.

Mit der Hinwendung zu einem autoritären Staatsmodell fordere es außerdem Amerika ordnungspolitisch heraus, das den Transformationsstaaten das westliche Ideal einer liberalen Gesellschaft als alternatives Modell anbietet. Im Vokabular der demokratischen Kandidaten bezeichnen Konzepte wie »selektive Kooperation« oder »Mix von Dialog und Sanktion« die Richtung künftiger Russland-Politik. Die transatlantische Zusammenarbeit dürfte vor allem dann schwierig werden, wenn McCain ein striktes Containment gegenüber Russland verfolgt.

Die Beziehungen zwischen den USA und China könnten sich von einer »misstrauischen Kooperation« zu einer militärischen und politischen Konkurrenz entwickeln. Dieses wird übereinstimmend als »weder politischer Partner noch Feind« bezeichnet. Alle Kandidaten sehen in China einen unsicheren Geschäftspartner (der einen Großteil der Währungsreserven der USA hält) und ein militärisches Risiko, das eine Bedrohung für die Sicherheit und Integrität Taiwans darstellt und seinen Einfluss in Südostasien und Afrika verstärkt. Damit wird China zum machtpolitischen Konkurrenten der USA, der ihre Rolle als Nr. 1 in der Welt bedroht. Bezüglich Chinas dürfte es auch verstärkt zu Konflikten mit den Europäern kommen.

Unterschiede zur Bush-Administration bestehen auch in der Beurteilung der Rolle internationaler Institutionen und im Umgang mit den Verbündeten. Alle Kandidaten sehen in multilateralen Organisationen wichtige Instrumente amerikanischer Politik, welche die Realisierung der eigenen Ziele durch das Zusammengehen mit Partnern erleichtern. Zu diesem Zweck sollen sie gründlich reformiert werden. Dieses gilt vor allem für die UN, aber auch für die NATO und die WTO. Die G-8 und der UN-Sicherheitsrat sollen erweitert werden, wobei als neues Mitglied am häufigsten Indien genannt wird. Während Huckabee jede Souveränitätseinbuße kategorisch ablehnt, weiß McCain, dass die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen Anpassungen seitens der USA verlangt, die er jedoch in engen Grenzen halten will. Zwei der gegenwärtigen frontrunner – Clinton und McCain – wollen ausdrücklich die Beziehungen zu den europäischen Verbündeten intensivieren und die alte Vertrautheit wieder herstellen. Obama hat eher

Afrika und Asien im Blick, während es für Huckabee vor allem wichtig ist, dass Amerika wieder stark genug wird, um seine traditionelle Führungsrolle in der Welt zu übernehmen.

Von der nächsten Administration sollten nur geringe Unterschiede zur Außenpolitik der gegenwärtigen Regierung erwartet werden, wohl aber solche im Stil und im Umgang mit den Verbündeten – jedenfalls haben dies alle Kandidaten angekündigt. Dennoch werden alle zunächst an Amerika denken und die Realisierung vitaler nationaler Interessen über die Rücksichtnahme auf die Partner stellen. Vor allem werden sie von den Europäern eine größere militärische Lastenteilung fordern. Dies betrifft vor allem Afghanistan, wo die USA nicht nur mehr Truppen, sondern auch eine Aufhebung der Einsatzbeschränkungen verlangen werden. Die Europäer sollten sich daher darauf einstellen, dass der Druck von Freunden stärker ist und weniger leicht abgelehnt werden kann, als wenn er von einem ungeliebten Partner kommt. Ein Präsident McCain dürfte außerdem für die Europäer einige sicherheitspolitische Zumutungen in petto halten.

Ohne Zweifel wird es wesentlich von der Vertrautheit des künftigen Präsidenten mit den außenpolitischen Sachfragen und mit den Partnern abhängen, ob er diesen entspannt »auf gleicher Augenhöhe« gegenübertritt oder durch aufgesetzte Selbstsicherheit seine Unkenntnis und Unsicherheit überspielen will. Diese Gefahr besteht vor allem bei Huckabee. Andere Probleme dürfte Obamas mangelnde Vertrautheit mit Europa sowie seine Impulsivität bereiten. Am besten werden die Europäer fahren, wenn sie einem unerfahrenen Herrn im Weißen Haus freundschaftlich und ohne die Arroganz der Wissenden gegenüber treten, ihn ernst nehmen und ihm beim learning by doing helfen.

Epilog (18.3.2008)

Der Mini-Super-Tuesday (4. März 2008), den ich in Washington verbracht habe, hat nur ein einziges klares Ergebnis erbracht: John McCain verfügt nunmehr über die für eine Nominierung auf dem Parteitag der Republikaner erforderliche Stimmenzahl und kann sich jetzt auf inhaltliche Fragen kon-

zentrieren. Damit wird möglicherweise die Außenpolitik wieder zu einem Wahlkampfthema, die in den letzten Wochen fast völlig hinter Sozial- und Wirtschaftsfragen sowie die Persönlichkeitsprofile zurückgetreten ist. McCains wichtigster außenpolitischer Berater ist Richard Armacost. Mit der Konzentration auf Außen- und Sicherheitspolitik wird aber auch McCain angreifbarer, denn seine harten Aussagen – »we will stay in Iraq for a hundred years if we can't defeat Al Qaida otherwise« – schrecken viele Amerikaner ab. Hinzu kommt seine geringe Vertrautheit mit Wirtschafts- und Sozialfragen – dieses Manko könnte er aber durch die Wahl eines mit der ökonomischen Agenda vertrauten »running mate«, z. B. eines republikanischen Gouverneurs – auszugleichen suchen. Huckabee ist nach seiner Verzichtserklärung weg vom Fenster.

Einige meiner konservativen Freunde in Washington wollen daher für Hillary Clinton stimmen. Diese hat mit dem Gewinn der Stimmenmehrheit in Ohio, Texas und Rhode Island gegenüber Barack Obama aufgeholt, ihn aber bisher nicht überflügelt und vor allem nicht die für eine sichere Nominierung nötige Stimmenzahl auf dem Parteitag der Demokraten Ende August in Denver. Bei den letzten Vorwahlen in einem größeren Staat, am 22. April in Pennsylvania, dürfte sie zwar weitere Stimmen gewinnen, kann aber nicht über die Hürde kommen. Ihr Wählerpotential sind die »blue collar workers« und ältere Frauen, die stolz darauf sind, dass zum ersten Mal eine Frau echte Chancen auf den Einzug ins Weiße Haus hat. Weit verbreitet ist aber eine emotionale Ablehnung Clintons. Bei vielen Menschen kommt sie nicht gut an; sie wollen wissen, was sich hinter Maske der ambitionierten Frau verbirgt. Einige schreckt auch die Aussicht auf einen »first husband Bill«. Clintons Plus ist ihre Aufgeschlossenheit für soziale Fragen sowie der von ihr vorgelegte »health plan«. In Ohio fischte sie mit ihrer vehementen Ablehnung internationaler Handelsabkommen einschließlich der NAFTA bei den von Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise gebeutelten Wählern im »rust belt« nach Stimmen. Richard Holbrooke wird als ihr möglicher Außenminister gehandelt (und preist sich selbst als ein solcher an).

Die Kritik an der internationalen ökonomischen Verflechtung der USA teilt auch Barack Obama,

obwohl er sie teilweise revidiert hat. Meine oben geäußerte Skepsis hinsichtlich seiner außenpolitischen Unerfahrenheit muss ich etwas relativieren. Sein Plus sind ohne Zweifel seine exzellenten außenpolitischen Berater (viele von Brookings, z. B. Strobe Talbott), seine offensichtliche Lernfähigkeit und seine Begabung, Menschen sehr unterschiedlicher Herkunft und politischer Überzeugung für sich einzunehmen – von meinen außenpolitischen Gesprächspartnern in Washington könnte daher die Mehrzahl für Obama stimmen, zu meiner Überraschung auch bei eher konservativen »think tanks«. Ich teile daher nicht die Obama-kritische Einschätzung von John Hulsman im letzten DGAPaktuell. Trotz des »Verlusts« von Texas und einiger ungeschickter Bemerkungen im Wahlkampf sehe ich Obama weiter auf der Siegesstraße. Das Hauptproblem der Demokraten dürfte der inner-

parteiliche Machtkampf bis zur »Convention« sein, der sie insgesamt schwächt und viel Zeit und Geld kostet, während sich McCain bereits auf den Wahlkampf im November vorbereiten kann.

Auf eine Detailfrage habe ich kaum klare Antworten bekommen: Wie sehen die Kandidaten die von allen geforderte Reform der NATO? McCain meint, dass die Europäer in Afghanistan und im Irak mehr tun müssten; Clinton dürfte ähnlich denken. Obama will vor allem die NATO nach Osten erweitern. Nicht sehr erhellend. Wir sollten aber auf unangenehme Forderungen und einige Überraschungen gefasst sein.

Prof. em. Dr. Helga Haftendorn, Mitglied des Wissenschaftlichen Direktoriums des Forschungsinstituts der DGAP.

Anmerkungen

- 1 Nach der neuesten Washington Post-ABC Umfrage lehnen 65% der Wähler die Irak-Politik der Bush-Administration ab; etwa die gleiche Zahl – 67% – geben ihr schlechte Noten für ihre Wirtschaftspolitik. Vgl. <http://www.washingtonpost.com/wp-srv/politics/polls/postpoll_020308.html?sid=ST2008020400314>.
- 2 Christoph von Marschall, Mit aller Macht. Die Wirtschaftspolitik wird im US-Wahlkampf entschieden. Das ist nicht gut für Hillary Clinton, in: Der Tagesspiegel, 10.2.2008.
- 3 Hillary Rodman Clinton, Security and Opportunity for the Twenty-first Century, in: Foreign Affairs, Jg. 86, Nr. 6 (November/Dezember 2007), S. 2–18 (S. 2 und S. 4).
- 4 Ebenda, S. 4.
- 5 Ebenda, S. 14.
- 6 John C. Hulsman, Hoffen auf Hillary, in: Internationale Politik, Nr. 1, Januar 2008, S. 58–63.
- 7 Security and Opportunity for the Twenty-first Century (Anm. 3), S. 9.
- 8 Hillary Clinton in der Debatte mit National Public Radio am 4. Dezember 2007, zit. in: On the Issues: Hillary Clinton on Foreign Policy, <http://www.ontheissues.org/2008/Hillary_Clinton_Foreign_Policy.htm>.
- 9 Vgl. Nikolaus Piper, Was will der nächste Präsident?, in: Süddeutsche Zeitung, 4.1.2008.
- 10 Vgl. Christoph von Marschall, Barack Obama: Der schwarze Kennedy, Zürich 2008, S. 108 ff.
- 11 Darauf weist Steve Clemons von der New America Foundation hin, vgl. Obama and Clinton: Who Would be Best for Europe?, <http://www.atlantic-community.org/index/articles/view/Obama_and_Clinton%3A_Who_Would_be_Best_for_Europe%3F>.
- 12 Barack Obama, Renewing American Leadership, in: Foreign Affairs, Jg. 86, Nr. 4 (Juli/August 2007), S. 2–16.
- 13 A Way Forward in Iraq. Remarks of Senator Barack Obama at the Chicago Council on Global Affairs, 20.11.2006, <http://obama.senate.gov/speech/061120-a_way_forward_i/print.php>.
- 14 Remarks of Senator Barack Obama to the Chicago Council on Global Affairs, in: Real Clear Politics, 24. April 2007, <<http://www.realclearpolitics.com/>>.
- 15 Vgl. Where do they stand on climate change?, in: Physics Today Campaign 2008, <<http://blogs.physicstoday.org/politics08/climate.html>>.
- 16 Vgl. Matthias Rüb, Der Kriegsheld gegen den Unternehmer, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 31.1.2008.
- 17 Katja Gelinsky, Nach Romneys Rückzug, in: FAZ, 9.2.2008.
- 18 John McCain, An Enduring Peace Built on Freedom, in: Foreign Affairs, Jg. 86, Nr. 6 (November/Dezember 2007), S. 19–34.
- 19 Ebenda, S. 21.
- 20 John McCain, On the Issues, <http://www.ontheissues.org/2008/John_McCain_Foreign_Policy.htm>.
- 21 Ders. (Anm. 18), S. 26.
- 22 John McCain, In alter Freundschaft, in: Süddeutsche Zeitung, 8.2.2008.
- 23 Vgl. Michael D. Huckabee, America's Priorities in the War on Terror: Islamists, Iraq, Iran, and Pakistan, in: Foreign Affairs, Jg. 87, Nr. 1 (Januar/Februar 2008), S. 155–168.

- 24 Ebenda, S. 157.
- 25 Ebenda, S. 158; vgl. ferner: Energy Independence, Mike Huckabee for President—Issues, <http://www.mikehuckabee.com/?FuseAction=Issues.View&Issue_id=21>.
- 26 Vgl. National Security / Foreign Policy: War on Terrorism, Mike Huckabee for President—Issues, <http://www.mikehuckabee.com/?FuseAction=Issues.View&Issue_id=20>.
- 27 Vgl. Samantha Ferrell, Republican Candidates on Europe, <http://www.atlantic-community.org/index/articles/view/Obama_and_Clinton%3A_Who_Would_be_Best_for_Europe%3F>.
- 28 Huckabee, America's Priorities in the War on Terror (Anm. 23), S. 164.
- 29 Where do they stand on climate change?, a. a. O. (Anm. 15).
- 30 Mike Huckabee on Foreign Policy, <http://www.ontheissues.org/2008/John_McCain_Foreign_Policy.htm>.
- 31 The Secure America Plan: A 9-Point Strategy for Immigration Enforcement and Border Security, Mike Huckabee for President—Issues, <http://www.mikehuckabee.com/?FuseAction=Issues.View&Issue_id=26>.

